

(Redaktionsschluss: 25. März 2020)

Coronavirus in Österreich

Allen, die mithelfen das Coronavirus einzudämmen, gehört unsere volle Anerkennung und unser aller voller Dank!

Besonders gilt das für all die Menschen, die für die Aufrechterhaltung unseres täglichen Lebens arbeiten, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich wie etwa das Spitals- und Pflegepersonal, oder im Produktions- und Versorgungsbereichen und anderen mehr. Und nicht vergessen: Sehr viele in diesen lebenswichtigen Bereichen tätigen Menschen (Pflegepersonal in Krankenhäusern, Heimen, zu Hause oder Reinigungskräfte, Supermarktpersonal, Erntearbeiter*innen, usw.) bleiben zu normalen Zeiten unbedankt und sind immer viel schlechter bezahlt als in andere Branchen. Viele von ihnen, die jetzt die lebensnotwendige Versorgung für alle aufrechterhalten, sind Migrant*innen, gegen die oft in den Medien abwertend Stimmung gemacht wird! Schlecht bezahlte Arbeit wird sonst auch oft in den Medien als wenig wertvolle Leistung hingestellt. Das muss sich jetzt und in Zukunft ändern, soll es den von Kanzler Kurz abwärts beschworenen Zusammenhalt in der Gesellschaft auf Dauer geben. Da können und müssen sich der türkise Kanzler, sein ÖVP-Sozialsprecher und seine blauen Gesinnungsfreunde aus der Ex-Türkis-Blauen-Regierung bei der Nase nehmen oder von den Menschen zurechtgewiesen werden.

Ab 15. März gilt eine österreichweite „Quarantäne“ zu Hause für alle, die nicht vor die Tür müssen für Einkauf, Arbeit in lebenswichtigen Bereichen oder wenn jemand Hilfe benötigt. Also de facto eine Art Ausgangssperre, wie wir sie in der 2. Republik noch nie hatten. Die Bevölkerung leistet den Anforderungen Folge, vor allem weil man ja nichts Genaueres über das Virus weiß und auch keine umfassenden Infos dazu bekommt, außer, dass es gefährlich ist und die Expert*innen sich uneinig sind.

Gesundheitssystem schützen!?

Jedes Mal, wenn die Regierung in diesen Tagen neue Zahlen, neue Warnungen ausgibt und die Maßnahmen verschärft, wird gleichzeitig gesagt, dass wir das alles tun müssten, weil sonst die „Corona-Krise“ auch zum Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems führen könne. Klar, wenn zu viele Menschen gleichzeitig zu Intensivpatienten werden, wäre sehr bald die Kapazität ausgeschöpft.

Haben wir aber nicht immer gehört, dass wir zu viele Spitalsbetten, zu viele Akutbetten, zu viele

Spitäler, zu viel Personal usw. hätten? Die Gefahr hat sich deshalb so verschärft hat, weil man

- nicht rechtzeitig reagiert hat (siehe Tirol) und
- eben schon seit Jahren das österreichische Gesundheitssystem ausgehungert wird.

EU und OECD verlangen seit Jahren bei Pensionen und Gesundheit „Einsparungen“. Die österreichischen Regierungen sind diesem Kürzungs- und Spardiktat im Interesse der Wirtschaft brav nachgekommen. Einige Beispiele und Zahlen:

- In den letzten 10 Jahren wurden in Österreich 5 Spitäler, über 40 Spitalsabteilungen geschlossen, über 4.500 Akutbetten abgebaut – Betten, die jetzt bei Corona dringend gebraucht würden, oder 19 von 131 landesgesundheitsfonds-finanzierten Krankenanstalten geschlossen. Weitere Pläne sind erschreckend: so sollen gerade in der Weststeiermark (Bezirk Liezen) trotz Bevölkerungsvotum dagegen, drei Regionalspitäler zu einem zentralisiert werden. In Wien ist geplant, 5 von 12 Spitälern bis 2030 zu schließen (Quelle: Solidarwerkstatt).
- Die Zahl der Kassen-Vertragsärzte sinkt ständig, ein Kassenarzt muss heute um 10% mehr Patienten versorgen als 2009
- Bis 2030 fehlen in der Pflege 25.000 Pflegekräfte, bis 2050 sogar an die 80.000; Pflegegeld wurde gekürzt – das bedeutet schlechtere Betreuung und damit den früheren Tod von älteren Menschen
- Die Arbeitsbelastung für Beschäftigte im Gesundheitswesen wurde stärker – 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche, Kürzung der Ruhezeiten, mehr Wochenenenddienste, usw.
- Durch die „Kassenreform“ der vorigen türkis-blauen Regierung kommt es bei der neuen Gesundheitskasse (ÖGK) aller Arbeiter*innen und Angestellten, bis 2024 zu einem Defizit von 1,7 Milliarden Euro. Der ÖGK-Chef spricht schon von „Gürtel enger schnallen“ – also mehr Kosten oder Leistungskürzungen, wieder für die Wenigverdiener*innen.
- Das Bundesheer hat um Milliarden Steuergelder die sauteuren Eurofighter gekauft, dafür aber die Sanitätsversorgung fahrlässig heruntergefahren. Hätte es heute noch die Kapazitäten wie vor 20 Jahren, könnten in der Corona-Krise sofort 3.000 zusätzliche Spitalsbetten bereitgestellt werden. Auch die Heerespitäler wurden kaputtgespart und sind keine Reservespitäler mehr (Quelle: Standard, 17.3.2020)
- Was Kürzungen im Gesundheitssystem noch ganz ohne Corona-Epidemie bedeuten, zeigt die „Sanierung“ im Interesse der Banken und Konzerne im Zuge der Finanzkrise von 2008: in Griechenland sank die Lebenserwartung um 2 Jahre, in Großbritannien wird geschätzt, dass es durch die Folge der „Spar-

politik“ dieses Jahr bis zu 200.000 Tote mehr geben wird als ohne diese Politik des Kürzens in alle Sozialbereichen (Quelle: Solidarwerkstatt, Independent).

- Dass in Italien oder Spanien jetzt so viele Menschen sterben, hängt damit zusammen, dass seit vielen Jahren dort im Gesundheitssystem gekürzt wird oder Leistungen an private Betreiber, die an Personal und Geld sparen, ausgelagert werden. Mit dem Ergebnis, dass z.B. jüngst in Spanien in Pensionistenheimen ältere Menschen tot aufgefunden wurden!
- Dass in der italienischen Region Lombardei (10 Millionen Einwohner) das Coronavirus so wüten kann hängt damit zusammen, dass a) dort das Gesundheitssystem in vielen Bereichen privatisiert ist, wie der Kardiologe Federico Bellavere aufzeigte, d.h. weder nötige Ausrüstung, noch nötiges Personal vorhanden ist und b) Politik und Behörden zu spät reagiert haben.
- In der Nachbarregion Venetien (4,9 Millionen Einwohner) ist die Todesrate nicht so hoch. Warum? Einer der Gründe: „Wir testen nicht nur die Personen mit Symptomen, sondern auch ihr gesamtes soziales und geografisches Umfeld“. Es werden auch Familien, Freunde und alle Kontakte von Infizierten getestet, ebenso alle Personen im Gebäude sowie die gesamte Nachbarschaft im Umkreis von 50 Metern. Auch der Bewegungsradius werde rekonstruiert, „denn hier muss er sich angesteckt haben“. Alle so gefundenen Infizierten könne man dann isolieren, so der Virologe Andrea Grisanti von der Universität Padua und Leiter der Testoffensive (Ö1, 20.3.2020).

Wenig vertrauensbildend

Viele offizielle Maßnahmen und Infos zu Corona sind widersprüchlich und nicht gerade vertrauensbildend. So sagte Kanzler Kurz z.B. anfangs, es werde keine Ausgangssperren geben. Einen Tag später waren in Tirol ein ganzes Tal und mehrere Orte, in Kärnten Heiligenblut mit Ausgangssperren belegt. In Ischgl wurden Corona-Warnungen aus Island und Norwegen acht Tage lang missachtet! Wirtschaft geht vor Gesundheit! Umgekehrt wurden seit 15. März stündlich und täglich Ausgangsverbots-Regelungen für ganz Österreich verschärft. Jetzt soll der Ausnahmezustand schon bis nach Ostern und länger aufrecht bleiben. Und dann?

Vor diesem Hintergrund wird Aktivität produziert, damit ja nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung dringt, dass das Gesundheitssystem in Österreich schon halb an die Wand gefahren wurde. Die Regierung hofft, dass jetzt ihre „strengen Maßnahmen“ und das Wohlverhalten der breiten Masse den Kelch Corona noch einmal vorbeigehen lässt

Regierung: Inszenierung als Corona-„Retter“

Statt früherer eine richtige Sozial- und Gesundheitspolitik zu machen, sollen uns jetzt angeblich Polizei und Militär vor Corona schützen. Schon jetzt stellt sich die Regierungsspitze als „Retter“ und „Beschützer“ der Bevölkerung hin. Das wird sie erst

recht dann tun, wenn Corona besiegt sein sollte. Warum? Sie haben den Zorn der Bevölkerung zu fürchten, wenn nicht ab sofort in die richtige Richtung gehandelt wird. Denn die Gefahr droht langfristig von einem weiteren Kaputtsparen des Sozial- und Gesundheitsbereichs mit tödlichen Folgen – schon im „Normalbetrieb“ – wie oben am Beispiel anderer Länder gezeigt wurde – und erst recht im Falle von Seuchen. Oder ist das den (Un-) Verantwortlichen gar egal? Es offenbart sich auch das Versagen und die Hilflosigkeit der Politik als Folge ihrer Willfährigkeit der Wirtschaft gegenüber. Besonders krass und gemeingefährlich zeigt sich das in Tirol!

Gleichzeitig sehen wir, wie wichtig ein solidarisches, öffentlich organisiertes und finanziertes Gesundheitssystem ist, das bei uns noch(!) besser als in anderen Ländern arbeitet. Ansonsten hätten auch wir italienische oder spanische Verhältnisse. In Zukunft muss es daher heißen: mehr Mittel und qualifiziertes Personal für Soziales und Gesundheit. Kein Sparen und Kürzen bei der Gesundheit für alle zu Gunsten der Gewinnmaximierung von Banken, Versicherungen und Konzernen! Schluss damit!

Nein zum „starken Mann“. Nein zum „starken Staat“.
Ja zum starken, solidarischen SOZIALSTAAT!

„Virenschutz für die Wirtschaft“?

Als Schutz vor dem Virus heißt es jetzt einmal „zu Hause bleiben“ Damit die Menschen zu Hause bleiben und ihre Kinder betreuen können, müssen sie „Sonderurlaub“ beantragen. Der wird von ihrem normalen Urlaub abgezogen und kann vor allem nur dann genommen werden, wenn die Chefs zustimmen. Betteln beim Chef statt bezahlter Sonderurlaub aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes für alle. Schaut so der Schutz allerer aus, die noch arbeiten müssen? Was ist wichtiger? Die Gesundheit oder Firmeninteressen?

Schon jetzt sind im Windschatten von „Zusammenhalt“-Predigt und Corona auf politischer und wirtschaftlicher Ebene einige Trittbrettfahrer unterwegs, die die Bereitschaft zum Zusammenhalt in der Bevölkerung auszunutzen oder gar in andere Bahnen zu lenken versuchen.

Trotz aller Beteuerungen zum Zusammenhalt, dass wir alle ein „Team Österreich“ bilden sollen, nutzen Wirtschaftsexperten die Situation der Stunde: So forderte WIFO-Chef Badelt, es braucht jetzt einen „Virenschutz für die Wirtschaft“ (Krone, 14.3.2020). Finanziell kein Problem. Durch die Niedrigzinsen der vergangenen Jahre ersparte sich Österreich „einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag“, so Ulrich Schuh, Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums (Krone, 14.3.2020).

Tatsächlich hat dann die Regierung zuerst vier, dann sechs, und schließlich 38 Milliarden Euro locker gemacht – für die Wirtschaft. Erwirtschaftet

und bezahlt haben sich das ja die arbeitenden Menschen sowieso schon selbst davor. Wir hoffen, dass dann auch die arbeitenden Menschen etwas davon haben. Denn gleich in den ersten zehn Tagen der Ausnahmeregelungen haben die Unternehmer schon 150.000 Menschen arbeitslos gemacht!

Die Regierung ruft gleich darauf die arbeitslos gemachten Menschen oder Studenten-*innen auf, sich bei Supermärkten, bei Erntehilfe, für die Fleischproduktion zu melden. In den meisten Fällen, wenn nicht „Freiwilligenarbeit“ oder geringfügig, doch zu erheblich weniger Lohn als im vorigen Job.



Was ist mit den Milliarden Gewinnen und Reserven, die Banken, Versicherungen und Konzerne seit der Finanzkrise angehäuft haben. Warum fließen diese nicht ins „System Zusammenhalt“? Aber jetzt wieder zum Staat betteln gehen? Der AUA-Chef z.B. sagte nach Einstellung der AUA-Flüge: „Unsere Kriegskasse ist voll“. Na also! Firmen bekommen die Ausfälle abgegolten, während die Menschen entweder gekündigt werden oder Kurzarbeit haben oder sich zu Hause mit "Homeoffice" bei Haushalt und Kindern weitermühen müssen.

„Experten“ wie Philosophen oder Zukunftsforscher werden in den Medien bemüht um zu propagieren, dass wir aus der „Corona-Krise“ lernen sollen: uns an Homeoffice, Digitalisierung, an solche Situationen wie sie jetzt oder auch bei Blackouts kommen könnten, zu gewöhnen: an Ausgangssperren und Einschränkungen. So meinte etwa der in den Medien gerne herumgereichte deutsche „Philosoph“ Richard Daniel Albrecht auf die Frage eines Journalisten, ja, die Menschen heute hätten so etwas wie eine „Sehnsucht nach Ausnahmezustand“, weil ihnen fad, die Welt ereignislos sei. Das sind Kapitalisten-Philosophen, die uns noch einreden wollen, dass wir die katastrophalen negativen wirtschaftlichen und gesundheitlichen, ja tödlichen Folgen dieser Art zu Wirtschaften selbst wollten.

Weiters wird propagiert, dass die jetzigen Notstandsgesetze á la „Team Österreich“ zur „Wiederauferstehung des Systems“ (Kurz) ja auch für die Bewältigung des Klimawandels von Vorteil wären. Also „Klimanotstand“ für die Masse der Bevölkerung, aber bei gleichzeitiger prinzipieller Aufrechterhaltung „des Systems“ der Profitwirtschaft, das

uns erst in diese Situationen gebracht hat.

Wir sollen das Gesundheit, Umwelt, Klima und Demokratie zerstörende Profitsystem mit seinen Folgen wie Krisen, Konflikten, Überwachungsstaat und Kriegen akzeptieren.

Wir sollen nicht erkennen und uns bewusst machen, dass das Profitsystem die Ursache der immer häufiger auftretenden zerstörerischen „Krisen“ ist. Wir sollen daran gewöhnt werden, als gäbe es keine Alternative. Man will uns dafür gefügig und vergessen machen, dass ein Gesellschaftssystem nur dann menschenwürdig und sozial ist, wenn es die Menschen vor genau solchen Zuständen schützt. Was wäre mit „Viren-Schutz“ vor Globalisierung und Kapitaldiktatur, welche Sozialstaat und Demokratie aushöhlen und abschaffen?

Schleichend in den Dauer-Ausnahmezustand?

Wohin die Reise für die Kapitalisten gehen soll, deutet der „Kurier“-Kommentar bereits am 15.3.2020 zu Corona an:

„Das Paket der Regierung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist richtig [...] Man greift nicht mit ein paar Millionen herum, sondern greift tief in die Kassen[...]Zugleich müssen jetzt aber Pleitewellen und Masse arbeitslosigkeit verhindert werden [...] Die Regierung sagt es noch nicht: Aber es wird auch keine Steuerreform geben [...] Uns steht eine schwere Wirtschaftskrise bevor [...] So wie zur Zeit der großen Depression 1929. Es wird bald Notverstaatlichungen geben und weitere Milliardenpakete [...] Gut, dass es die Sozialpartner gibt. Das Krisenmanagement klappt. Das wird es weiterhin brauchen.“

Schon lange warnen kritische Ökonomen, Gewerkschafter und Politiker, dass die kapitalistische Profitblase platzt. Jetzt wird von den Herrschenden offensichtlich Corona zum Anlass genommen, eine neue Art des Krieges gegen die Masse der arbeitenden Menschen zu führen:

- Ausnahmegesetzgebung, das alte Epidemiegesezt wird wie selbstverständlich entsorgt - es hätte ja für Unselbständige Vorteile gehabt
- Überwachungsstaat: A1 hat der Regierung die Bewegungsdaten der Österreicher*innen angeboten, um „das zu Hause bleiben“ überwachen zu können; Telekommunikationsgesetz mit erweiterten Befugnissen für österreichweite Warnungen an die Bevölkerung mit Gültigkeit bis Ende 2020 wurde beschlossen.
- Das Bundesheer wird in Alarmbereitschaft versetzt, Grundwehr- und Zivildienstler müssen länger dienen.
- Milizsoldaten werden einberufen, voraussichtliche Dauer: bis Anfang August 2020! Wenn nicht für den Sanitätsbereich (siehe oben), wozu dann – zur vorbeugenden Aufstandsbekämpfung?
- Heranziehung des Volksvermögens zur Profitabsicherung mit Hilfe von Notstandsgesetzen.

Anlässlich der Maßnahmen gegen das Coronavirus erfolgt gleichzeitig eine weitere Umverteilung von unten nach oben. SPÖ- und ÖGB-Spitzen machen mehr oder weniger mit. Der ÖGB „freut“ sich, dass er als Sozialpartner wieder gefragt ist, will die

Auswirkungen lindern. Der ÖGB ist für die Wirtschaft als Sozialpartner nur dann gut, wenn es darum geht, die Kapitalinteressen auf dem Rücken der Arbeiter*innen und Angestellten zu wahren. Die SPÖ kritisiert zwar, dass Türkis-Grün fast alles alleine mit ihrer knappen Mehrheit gegen die Arbeitenden entscheidet, verlangt die „volle Kontrolle des Parlaments“ über die Notstandsgesetze – das wars dann aber auch schon. Und Neos-Abgeordneter Schellhorn hat im Parlament gemeint, dass niemand glauben soll, dass nach Corona die 38 Milliarden Euro, die jetzt für die Wirtschaft freigegeben wurden, durch eine Vermögenssteuer zurückgeholt werden können. (Standard, 20.3.2020)

Dagegen soll und darf keine/r protestieren – wegen Ansteckungsgefahr. Gegen Corona zu protestieren ist auch schwierig. Gegen Notstandsmaßnahmen und Umverteilung von unten nach oben im Corona-Windschatten dürfen wir jetzt per Ausnahmegesetz auch nicht protestieren oder streiken.

Es geht um unsere Zukunft

Wir müssen die Situation im Interesse unserer Gesundheit und einer solidarischen gesellschaftlichen Zukunft sehr, sehr wachsam verfolgen. Und uns vorbereiten für die Zukunft – unsere Angelegenheiten nicht Regierung und Industrie überlassen, sondern gemeinsam und selbständig in die Hand nehmen. Andernfalls haben wir keine lebenswerte Zukunft! Das heißt: Ausbau statt Kürzungen im Bereich Gesundheit, Pflege, Soziales, in der Sozialversicherung, bei der AUVA. Keine Zentralisierung und/oder Privatisierung von Spitälern, Pflege- und Reha-Einrichtungen.

Auch beim Kampf gegen die Klimakatastrophe, für den so manche Herrschende und Wissenschaftler*innen die jetzigen Corona-„Ausnahmeregelungen“ als Modell und Ausweg sehen, gilt: Nicht „einsperren“ der Masse der Menschen kann die Lösung sein, sondern zurückdrängen, verändern und umgestalten und letztlich aussperren der jetzigen Gesundheit und Leben der Menschen zerstörenden profitorientierten Wirtschaftsweise.

Anzupacken, dazu sind die Menschen bereit, wenn es darum geht, Krisen zu bewältigen und alles in Gang zu halten und wieder für die Bevölkerung unverträglich zu machen. Das haben die Menschen immer wieder bewiesen. Es kann und darf nicht sein, dass sich – wie in der Vergangenheit – immer wieder diejenigen Wirtschafts- und Politeliten, die uns das eingebrockt haben, wieder festsetzen und nachher weiter machen wie zuvor. Das haben wir schon bei den AKW-Unfällen gesehen: Nach jedem Super-GAU wurde beruhigt, mit jedem weiteren wurde es schlimmer: die negativen Auswirkungen, die Verharmlosung und das Verschweigen (siehe dazu auch unser Artikel zu Fukushima in dieser Ausgabe). Bei der Klimakatastrophe hat das noch umfassendere Folgen.

Corona-Virus: Eine echte, große Gefahr für Gesundheit und Leben der Menschen

„Der Planet Erde ist heute weitgehend eine einzige große industrielle Agrarfabrik, sowohl in Bezug auf die Biomasse, als auch die Landnutzung. Die Agrarindustrie versucht, den Lebensmittelmarkt zu beherrschen. Das neoliberale Projekt ist darauf ausgerichtet, Unternehmen aus den entwickelteren Industrieländern dabei zu unterstützen, Land und Ressourcen schwächerer Länder zu stehlen. Als Folge dessen werden viele dieser neuen Krankheitserreger, die zuvor in den über lange Zeiträume entstandenen Waldökosystemen gebunden waren, freigesetzt und bedrohen die ganze Welt ...

Die nach kapitalistischen Bedürfnissen organisierte Landwirtschaft, die an die Stelle der natürlichen Ökologie tritt, bietet genau die Mittel, durch die ein Krankheitserreger die gefährlichste und ansteckendste Erscheinungsform entwickeln kann. Ein besseres System zur Züchtung tödlicher Krankheiten lässt sich kaum entwickeln ...

Durch Züchtung genetischer Monokulturen von Nutztieren werden alle eventuell vorhandenen Immunschranken beseitigt, die die Übertragung verlangsamen könnten. Eine große Tierpopulation und -dichte fördert hohe Übertragungsraten. Solche beengten Verhältnisse beeinträchtigen die Abwehrkräfte des Immunsystems der Tiere. Ein hoher Durchlauf von Tieren, der Teil jeder industriellen Produktion ist, versorgt die Viren mit ständig neuen Wirtstieren, was die Ansteckungsfähigkeit der Viren fördert. Mit anderen Worten: Die Agrarindustrie ist so auf Gewinn ausgerichtet, dass die Entscheidung für ein Virus, das eine Milliarde Menschen töten könnte, das Risiko wert zu sein scheint ...

Diese Unternehmen können die Kosten ihrer bezüglich des Ausbruchs von Epidemien gefährlichen Operationen einfach allen anderen aufbürden: den Tieren selbst, den Verbraucherinnen und Verbrauchern, den Bauern, den lokalen Gemeinschaften und den Regierungen quer über alle Zuständigkeitsbereiche. Die Schäden sind so umfangreich, dass das Agrobusiness, wie wir es kennen, für immer erledigt wäre, wenn wir diese Kosten in die Unternehmensbilanzen einrechnen würden. Kein Unternehmen könnte die Kosten für die von ihm verursachten Schäden tragen.“

(Interview mit dem Evolutionsbiologen Rob Wallace, 15. März 2020, in: <https://amerika21.de/analyse/238220/coronavirus-und-agrarindustrie>).

Gesundheitsschutz statt Profitschutz!

38 Milliarden Euro wurden sehr schnell für die „Gesundung“ der Wirtschaft locker gemacht, weitere Milliarden im Fall des Falles in Aussicht gestellt. Gleichzeitig hat die Regierung für die Corona-

Bekämpfung nur 22 Millionen Euro für Forschung zur Entwicklung von Medikamenten und Impfungen angekündigt. Wichtig wäre, sofort und mehr Geld auszugeben und in die Wege zu leiten, dass das Testumfeld erweitert wird (wie z.B. in Venetien, siehe oben), alles medizinisches und Gesundheitspersonal in die Testung einbezogen wird oder die Eigenproduktion der für die Tests notwendige Testchemikalien gestartet wird, z.B. mit Biochemie-Start-Ups oder einschlägigen Uni-Instituten.

Für ein gutes, gesundes Leben für alle, statt für die Profitinteressen der Wenigen. Das hat eine Politik zu tun, die vorgibt „Aus Verantwortung für Österreich“ (= der Titel des Türkis-Grünen Regierungsprogramms) zu handeln.

Seit Beginn der Notstandsgesetze gib es bereits 150.000 zusätzliche Arbeitslose! (bis 25.3.)

Infos und Hilfe: **ÖGB und AK Hotline:**

0800 22 12 00 80 (Mo-Fr. ab 9.00 Uhr)

<https://www.oegb.at>, <https://jobundcorona.at/>

Corona in den USA:

Faschisten kriechen aus ihren Löchern

Menschenopfer für die Wirtschaft

*Alle müssten in der Coronakrise Opfer erbringen, sagte Texas-Vizegouverneur Dan Patrick. Aber die Wirtschaft müsse weiterlaufen. **Es könne nicht sein, dass die Wirtschaft der Coronakrise geopfert werde, sagte der Politiker. Man müsse wenigstens diskutieren, ob nicht die älteren Bürger geopfert werden sollten.***

Ungeheuerlich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisation, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen Gesundheit und alles Gute!

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; Empfänger*in:

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/

www.atomgegner.at

*

www.prodemokratie.com



**Gewerkschafter/innen
gegen Atomenergie und Krieg**

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien

